

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Oskar Lafontaine erläutert in 13 Punkten, wie eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung Deutschland aus der Krise herausführen wird.

Seite 1

Die Hälfte der Brüsseler EU-Kommissare sollen Frauen sein - das fordert die Frauenkonferenz der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament: Zehn-Punkte-Programm für Europas Frauen.

Seite 8

49. Jahrgang / 21

31. Januar 1994

Der Weg aus der Krise

So wird die SPD Deutschlands Wirtschaft wieder in Gang bringen

Von Oskar Lafontaine *

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der SPD

1. Jeder hier in diesem Saal weiß, daß sich unser Land in einer außerordentlich prekären ökonomischen Situation befindet. Durch das Zusammentreffen von konjunkturellen und strukturellen Problemen ist der Standort Deutschland einem ökonomischen Härte-test ersten Ranges ausgesetzt.

Ich will unsere knappe Zeit nicht damit verschwenden, die Klagen und das Gejammere fortzusetzen, das wir alle täglich in den Medien zur Genüge hören. Ich kann auch nur davor warnen, den Wirtschaftsstandort Deutschland herunterzureden.

Mir geht es darum, Ihnen zu sagen, wie wir Deutschland aus der Krise herausführen wollen:

2. In ihrem letzten Jahresgutachten kritisieren die "fünf Weisen", daß die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzpolitik, statt gradlinig ihre Ziele anzusteuern, einen - so wörtlich: "Schlingerkurs" fährt. Hier muß in der Tat ganz dringend eine Kursänderung erfolgen: Verbraucher und Investoren brauchen klare Orientierung. Das ist eine Grundvoraussetzung für die Überwindung der Vertrauenskrise, in der sich unser Land befindet.

Die Politik muß die Kraft haben, notwendige Entscheidungen zu treffen, und dann auch entschlossen umzusetzen. Die Politik muß auch den Mut zu unpopulären Entscheidungen haben, wenn das für das Gemeinwohl notwendig ist.

Nicht hektische Aktionsprogramme sind gefragt. Wir brauchen eine berechenbare Politik, die sich an ordnungspolitischen Grundsätzen orientiert und eine längerfristige Perspektive hat.

Ich warne auch davor, ökonomische Gesetzmäßigkeiten zu mißachten. Jeder muß wissen: Bevor man den Kuchen verteilen kann, muß er erst einmal gebacken werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 1801 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verfügbare Ausgabe
mit mehrfarbigem Rückkopier-
Rezeptiv-Papier



3. Wenn wir am Standort Deutschland Arbeitsplätze sichern und neue zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen wollen, brauchen wir eine umfassende Modernisierungsstrategie: Innovation, technischer Fortschritt und Qualifikation sind der Schlüssel für die künftige Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Nur mit Spitzenqualität zu konkurrenzfähigen Preisen können die deutschen Unternehmen auf den Weltmärkten bestehen.

Deshalb ist es für den Standort Deutschland lebensgefährlich, daß Forschung, Bildung und Wissenschaft mehr und mehr vernachlässigt worden sind: Der Forschungsbericht der Bundesregierung weist aus, daß der Anteil der Forschung am Bruttoinlandsprodukt in den letzten Jahren immer weiter zurückgegangen ist. 1988 lagen wir mit Japan und den USA noch gleichauf. Seitdem ist der Forschungsstandort Deutschland aber erheblich zurückgefallen. Es ist ökonomisch unverantwortlich, daß auch bei der jüngsten Kürzungsrunde dieses Monats der Forschungsetat wieder als Steinbruch einer verfehlten Finanzpolitik mißbraucht worden ist.

Wenn wir die Zukunft der deutschen Wirtschaft sichern wollen, ist hier eine Kurskorrektur dringend notwendig. Wir müssen mehr in Forschung, Entwicklung, Bildung und Wissenschaft investieren. Dabei wollen wir die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik wesentlich verbessern.

Vor allem die anwendungsorientierte Forschung muß gestärkt werden. Wir müssen auch für eine schnellere Umsetzung neuer Technologien in marktgängige Produkte und Produktionsverfahren sorgen. Dazu gehört auch die Intensivierung des Technologietransfers zu den kleinen und mittleren Unternehmen.

Dazu gehört aber auch eine Verbesserung der forschungspolitischen Rahmenbedingungen: Es darf nicht länger sein, daß deutsche Gentechnologie nach Amerika abwandern muß, weil den Unternehmen hier eine Hürde nach der anderen in den Weg gestellt wird, die für den Umweltschutz nicht unbedingt notwendig ist. Das neue Gentechnikgesetz, das mit Hilfe SPD-geführter Länder realisiert worden ist, ist ein Beitrag zur Stärkung des Forschungsstandorts Deutschland.

Die Qualifikation der Menschen ist die wichtigste Zukunftsinvestition zur Sicherung des Standorts Deutschland. Deshalb wollen wir auch, daß der Bund seiner Mitverantwortung für den Hochschulbau nachkommt. Die Hochschulbaumittel im Bundeshaushalt müssen um rund 300 Millionen DM aufgestockt werden. Damit wollen wir eine der wichtigsten Forderungen des Bildungsgipfels in die Tat umsetzen.

Wir müssen auch in den neuen Ländern eine leistungsfähige Forschungslandschaft aufbauen. Dort sind in der industriellen Forschung in den letzten Jahren 70.000 Arbeitsplätze weggebrochen. Auch deshalb muß jetzt der Forschungsetat wieder besser dotiert werden.

4. In Deutschland fehlen etwa sechs Millionen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Deshalb haben für uns Investitionen in neue Arbeitsplätze höchste Priorität. Wir wollen durch eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen die Investitionskraft der Unternehmen stärken.

Ich will hier vor diesem Fachpublikum noch einmal daran erinnern, daß die jetzige Bundesregierung beim Standortsicherungsgesetz die Abschreibungsbedingungen verschlechtern wollte. In der schwersten Rezession der Nachkriegszeit war dieser Plan eine wirtschaftspolitische Torheit ersten Ranges. Es war die SPD, die diese Schwächung des Investitionsstandortes im Vermittlungsausschuß abgewendet hat.

Diese Erfahrung zeigt übrigens sehr deutlich, zu welchen wirtschaftspolitisch unsinnigen Ergebnissen eine Fortsetzung des internationalen Steuersenkungswettlaufs bei den Steuersätzen führen kann. Es klingt deshalb fast wie eine Drohung, wenn die jetzige Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht schon wieder von einer Senkung der Ertragssteuersätze bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage spricht. Das ist die gleiche Formel, die auch schon beim Standortsicherungsgesetz zu dem Plan geführt hat, die unmittelbaren Investitionsbedingungen zu verschlechtern.

Am 1. Januar ist das Standortsicherungsgesetz wirksam geworden. Dabei wurden die Steuersätze bei der Körperschaftsteuer und bei der Einkommensteuer für gewerbliche Einkünfte deutlich

gesenkt. Dieser Schritt war notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit des Investitionsstandortes Deutschland zu stärken. Jetzt aber plädiere ich hinsichtlich der Steuersätze für Ruhe an der Steuerfront. Praktischer Aktionismus vor Wahlen ist ein schlechter Ratgeber für eine Finanzpolitik, die auf Stetigkeit und Berechenbarkeit angelegt sein muß.

Angesichts der Staatsverschuldung weiß doch auch jeder, daß jetzt nicht die Zeit für eine Nettoentlastung ist. Wer den Unternehmen jetzt dennoch Nettoentlastungen verspricht, weiß ganz genau, daß er nicht-finanzierbare Wahlversprechungen macht, für deren Verwirklichung er nach dem Wahltag keine Gelegenheit mehr haben wird.

Bei dem enormen Finanzbedarf für die Modernisierung der wirtschaftsnahen Infrastruktur brächte jede Schwächung der Investitionskraft des Staates der Wirtschaft auch mehr Schaden als Nutzen. Die britischen Unternehmen können ein Lied davon singen, welche Auswirkungen es auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft hat, wenn die Infrastruktur eines Landes immer weiter verfällt.

Für die SPD jedenfalls gilt: Wir machen keine unfinanzierbaren Wahlversprechungen - weder der Wirtschaft, noch anderen.

Statt mit der Steuergießkanne Wahlgeschenke auf Pump zu verteilen, wollen wir gezielt die steuerliche Förderung von Zukunftsinvestitionen verbessern: Forschung und Entwicklung, Umweltschutz, Rohstoff- und Energieeinsparung sowie alternative Energien - eine unmittelbare Förderung dieser Investitionen durch bessere Abschreibungsbedingungen beziehungsweise durch Investitionszulagen würde die technologische und ökologische Modernisierung voranbringen. Das wäre ein wichtiger Beitrag, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken.

5. Die mittelständische Wirtschaft ist in den letzten Jahren immer mehr zu einem Stiefkind der Wirtschafts- und Finanzpolitik geworden. Viele kleinere Unternehmen klagen darüber, daß sie von den Unternehmenssteuersenkungen der letzten Jahre praktisch nichts gehabt hätten.

Tatsächlich sind nach 1982 viele Instrumente einer wirksamen Mittelstandspolitik zerschlagen worden. Ich nenne zum Beispiel die gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung durch Personalkosten-Zuschüsse und die Förderung des Technologietransfers.

Kurz vor den Wahlen versucht die Bundesregierung jetzt, die Fehlentscheidungen ihrer Mittelstandspolitik zu korrigieren. Sie will jetzt wieder das Eigenkapitalhilfeprogramm in Westdeutschland einführen, das sie vor kurzem erst selbst abgeschafft hat. Diese Maßnahme kommt viel zu spät. Das Darlehensprogramm für angehende Handwerksmeister wurde erst völlig gestrichen. Jetzt wird es wieder eingeführt, aber auch nur halbherzig.

Das alles ist keine glaubwürdige und überzeugende Mittelstandspolitik. Die kleinen und mittleren Unternehmen und die Existenzgründer brauchen klare und berechenbare Rahmenbedingungen. Eine Mittelstandspolitik wie auf einer Achterbahn kann sich der Standort Deutschland nicht leisten.

Die SPD wird sich noch stärker als bisher den berechtigten Anliegen des wirtschaftlichen Mittelstandes zuwenden. Wir wissen: Die kleinen und mittleren Unternehmen sind das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. In den alten Bundesländern sind sie Träger von Beschäftigung, Ausbildung und Innovation, auch in den neuen Ländern wird der Mittelstand zum Motor für den Aufbau einer eigenständigen Wirtschaftsstruktur.

Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen und für Existenzgründer verbessern. Zum Beispiel durch die Bereitstellung von Risikokapital für junge, kapitalintensive Technologieunternehmen. Zum Beispiel auch durch eine Stärkung der industriellen Gemeinschaftsforschung für Unternehmen, die keine eigenen Forschungskapazitäten vorhalten können.

6. Wir wollen die gesetzlichen Lohnnebenkosten senken. Das ist für uns eine wichtige Strukturreform zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung.

Die deutschen Unternehmen stehen in einem immer härter werdenden internationalen Verdrängungswettbewerb. Deshalb müssen auch auf der Kostenseite alle Möglichkeiten genutzt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Es ist keine Frage, daß wir in den neuen Ländern aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben müssen. Aber die Finanzierung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe über die Sozialversicherung statt über Steuern ist ordnungspolitisch ein schwerer Fehler: Die Finanzierung über die Bundesanstalt für Arbeit hat die Lohnnebenkosten erhöht und damit die Investitionskraft der Unternehmen geschwächt. Wenn wir "Hongkong" jetzt vor unserer Haustür haben, kann man sich eine solche fortwährende Verteuerung der Arbeit nicht leisten.

Ich halte es übrigens auch für verfassungsrechtlich problematisch, daß diese Aufgabe allein den Beitragszahlern aufgebürdet wird, obwohl das doch eine Aufgabe aller ist.

Wir wollen eine ordnungspolitisch klare Strukturreform: Auf der einen Seite Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge und im Gegenzug eine gerechte und systematisch saubere Steuerfinanzierung.

Diese Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten würde alle Unternehmen und alle Arbeitnehmer entlasten. Sie käme nicht zuletzt auch den kleinen und mittleren Unternehmen zugute.

Der Umfang der aktiven Arbeitsmarktpolitik in den neuen Ländern beläuft sich 1994 nach dem Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit auf rund 20 Milliarden DM. Wir haben beschlossen, daß wir die hier bestehende strukturelle Fehlentwicklung so weit wie möglich und schrittweise korrigieren werden.

Bei dem ersten Schritt geht es um eine grundsätzlich aufkommensneutrale Umschichtung. Ich erinnere daran, daß der Sachverständigenrat zur Finanzierung dieser Strukturreform eine Ergänzungsabgabe auf die Lohn- und Einkommensteuer vorgeschlagen hat. Ich sage: Um die Investitionskraft und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern, ist eine stärkere Besteuerung hoher Privateinkommen und großer Vermögen ökonomisch vertretbar.

Es geht wohlgerne nicht um eine höhere Belastung der Unternehmen, sondern im Gegenteil um eine Entlastung von Investitionen und Arbeitsplätzen.

Die Wirkungen der Steuerpolitik der letzten Jahre waren eindeutig regressiv. Viele beschreiben diesen Sachverhalt etwas plastischer mit dem Begriff: "Gerechtigkeitslücke". Vor diesem Hintergrund denke ich, ist es zumutbar, die höchsten Einkommen um einen finanziellen Beitrag zur Entlastung der Unternehmen zu bitten. Wie ich bei meinen Gesprächen merke, wird dieses Reformkonzept auch in der Wirtschaft akzeptiert.

7. In diesem Zusammenhang ein Wort zur Pflege. Nach meiner Auffassung darf durch die Einführung einer Pflegeversicherung keine zusätzliche Kostenbelastung der Unternehmen entstehen. Deshalb sind wir bereit, die Belastung der Unternehmen durch die Streichung eines Feiertages auszugleichen. Dazu reicht nach den offiziellen Zahlen des Bundesarbeitsministers ein Tag auch aus. Ich füge aber ausdrücklich hinzu: Wir müssen Beitragssätze in Grenzen halten. Sollte sich später herausstellen, daß ein Feiertag nicht ausgereicht hat, um die Belastung der Unternehmen zu kompensieren, muß erneut entschieden werden.

8. Ich weiß, daß unser Projekt der ökologischen Steuerreform in der Wirtschaft noch kontrovers diskutiert wird. Da ist zum Beispiel auf der einen Seite der Bundesverband der jungen Unternehmer (BJU), der ganz entschieden für eine ökologische Steuerreform eintritt. Und da sind natürlich auf der anderen Seite auch die Kritiker, die hierin nur eine Belastung sehen.

Die Leitidee der ökologischen Steuerreform ist, einerseits den Faktor Arbeit zu entlasten und andererseits den umweltschädlichen Energieverbrauch stärker zu belasten. Mit dieser ökologischen Weiterentwicklung des Steuersystems wollen wir die dynamischen Kräfte des Marktes für drei Ziele nutzen:

- Für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen,
- für die ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft und - nicht zuletzt
- für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland.

Mit der Veränderung der relativen Preise durch eine Energiesteuer ergibt sich ein marktwirtschaftlicher Anreiz für die Entwicklung energiesparender und umweltverträglicher Produkte und Produktionsverfahren. Dadurch verbessern wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Damit sich die Wirtschaft auf die neuen Rahmenbedingungen einstellen kann, muß die Veränderung der relativen Preise berechenbar und schrittweise erfolgen. Wer allerdings warten will, bis auch das letzte Land der Europäischen Union die ökonomischen Chancen dieses Projektes begreift, der verpaßt enorme Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Wir wollen, daß die neuen Arbeitsplätze dieses Zukunftsmarktes in Deutschland entstehen.

9. Große Sorgen macht mir die Lage der Staatsfinanzen. In den letzten 12 Jahren ist die Verschuldung des Bundes um eine Billion DM gestiegen. Besonders besorgniserregend ist der sprunghafte Anstieg der Zinsbelastung des Bundeshaushaltes. Die Zinsausgaben des Bundes und seiner Nebenhaushalte lagen 1982 noch bei 28 Milliarden DM. In diesem Jahr wird der Bund schon über 100 Milliarden DM allein für Zinsen ausgeben. 1997 sind es dann rund 130 Milliarden DM.

Durch diese wachsende Zinsbelastung wird der Bundeshaushalt stranguliert: Der Schuldendienst für die Bundesschulden lag 1982 noch bei neun Prozent der Gesamtausgaben. Diese Quote ist jetzt schon auf 15 Prozent angestiegen. Bis 1997 wird sie auf 21,5 Prozent springen. Das heißt: Mehr als jede 5. Mark muß der Bund allein für die Bedienung der aufgelaufenen Schulden ausgeben.

Dieser sprunghafte Anstieg der Zinsbelastung führt den Bund immer mehr in die Handlungsunfähigkeit. Das ist das zentrale Problem der Finanzpolitik der nächsten Jahre.

Wir müssen auch sehen, daß für milliardenschwere Risiken im Bundeshaushalt bisher überhaupt keine Vorsorge getroffen worden ist. Das heißt: Die Lage der Staatsfinanzen ist noch dramatischer als sie sich heute schon in den offiziellen Zahlen darstellt.

Auch die Abgabenbelastung ist zu hoch: Durch die Steuer- und Abgabenerhöhungen der letzten Zeit ist sie auf neue Rekordhöhen gestiegen: Die Belastung eines durchschnittlichen Arbeitnehmers mit Steuern und Abgaben lag 1982 noch bei 39 Prozent. Heute beträgt die Abgabenbelastung 45,7 Prozent. Sie wird sich bis 1997 weiter steigern auf 48,9 Prozent. Dazu sage ich: Auch Arbeitnehmer haben ein Recht darauf, daß sich ihre Leistung lohnt. Die Abgabenbelastung darf nicht immer weiter steigen.

10. Die Grenzen der Staatsverschuldung und die Grenzen der Belastbarkeit sind erreicht. Deshalb ist eine finanzpolitische Kurskorrektur überfällig:

Wir wollen den Anstieg der Staatsverschuldung bremsen und damit das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates wieder herstellen. Mit einem mittelfristig angelegten Sanierungskonzept muß eine glaubwürdige Konsolidierungsperspektive geschaffen werden.

Es gehört zu unserem Verständnis von solider Finanzpolitik, daß wir auch vor den Wahlen sagen: Alles muß auf den Prüfstand gestellt werden. Ohne unpopuläre Entscheidungen ist eine durchgreifende Sanierung der Staatsfinanzen nicht zu schaffen.

Auf unserem Wiesbadener Parteitag haben wir auch eine Festlegung getroffen, die für die vor uns liegende Konsolidierungsaufgabe von zentraler Bedeutung ist: "in Abhängigkeit von der konjunkturellen Lage werden wir den Ausgabenanstieg auf eine Zuwachsrate begrenzen, die spürbar unter dem Nominalzuwachs des Bruttosozialproduktes liegt."

Der Sachverständigenrat stellt fest: "Zwischen Konsolidierungspolitik und Wachstumspolitik muß kein Widerspruch bestehen." Angesichts der hohen Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte und angesichts der Verunsicherung von Investoren und Konsumenten füge ich hinzu: Die Überwindung

der Arbeitslosigkeit und die Konsolidierung der Staatsfinanzen sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille.

Der hohe Sockel der Staatsverschuldung läßt keinen Spielraum für kreditfinanzierte Konjunkturprogramme nach traditionellem Muster. Wir müssen auch sehen, daß der Staat durch den Finanztransfer nach Ostdeutschland bereits eine nachfrageorientierte Politik in nie gekanntem Ausmaß betreibt. Allerdings müssen wir dafür sorgen, daß die Mittel künftig stärker in investive Verwendungen gehen.

Nach den vielen Steuererhöhungsrunden der letzten Jahre gilt für uns: Die Abgabenbelastung der Normalverdiener darf nicht noch weiter steigen. Wir wollen 1996 durch eine gezielte Senkung der Lohn- und Einkommensteuer die Steuerbelastung der kleinen und mittleren Einkommen wieder auf ein erträgliches Maß zurückführen.

Wir wollen auch die Steuer- und Abgabenbelastung der Unternehmen nicht erhöhen. Unser Ziel ist, die Investitionskraft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken. Deshalb wollen wir Steuererleichterungen für Zukunftsinvestitionen, gezielte Hilfen für den Mittelstand und eine Entlastung bei den gesetzlichen Lohnnebenkosten.

Wir wollen, daß die Finanzpolitik wieder solide wird. Dazu gehört: Wir machen keine unfinanzierbaren Wahrgeschenke. Wir sagen ganz klar: Wir können die strukturellen Fehlentwicklungen der letzten Jahre nicht über Nacht beseitigen.

Der größte Teil unserer Maßnahmen besteht aus aufkommensneutralen Umschichtungen und Reformen:

- Ökologische Steuerreform,
- Reform des Familienlastenausgleichs mit einer Anhebung des Kindergeldes auf 250 DM,
- Reform der Wohnungsbauförderung und
- die Korrektur bei den Lohnnebenkosten.

Insgesamt ist unser Regierungsprogramm solide finanziert.

Zur Finanzierung gehören Einsparungen, zum Beispiel durch Abbau der Staatsbürokratie. Dazu gehört auch der Abbau überflüssiger Steuersubventionen. Durch diese Subventionen wird ohnehin oftmals nur der Leistungswettbewerb verzerrt. Zur Finanzierung gehört auch die Bekämpfung von Schattenwirtschaft und Subventionsbetrug sowie ein entschiedenes Vorgehen gegen den Mißbrauch sozialer Leistungen.

Wir wollen unsere Arbeit Ende 1994 mit einem ehrlichen Kassensturz beginnen. Dabei muß endlich Klarheit über das volle Ausmaß der Finanzprobleme geschaffen werden. Die Bildung von Schattenhaushalten, das Wegschauen vor milliardenschweren Risiken und das Schönrechnen durch unrealistische Konjunkturzahlen muß beendet werden.

11. Wenn wir die Herausforderungen bestehen wollen, dann darf es kein Gegeneinander von Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Geldpolitik und Tarifpolitik geben. Deshalb brauchen wir einen nationalen Beschäftigungspakt: Dabei muß das Handeln aller Beteiligten so aufeinander abgestimmt und konzentriert werden, daß die Überwindung von Rezession und Massenarbeitslosigkeit gelingt:

- Die Wirtschaftspolitik muß endlich für verlässliche Rahmenbedingungen sorgen,
- die Finanzpolitik muß eine glaubwürdige Konsolidierungsperspektive schaffen,
- die Geldpolitik muß die noch bestehenden Zinssenkungsspielräume nutzen, um die inverse Zinsstruktur zu korrigieren und
- die Tarifpolitik muß mit einer beschäftigungsorientierten Lohn- und Arbeitszeitpolitik ihren Beitrag zur Lösung der Probleme leisten.

12. Trotz der Warnstreiks in der Metallindustrie sage ich: Die Tarifautonomie in Deutschland hat sich bewährt. Sie ist ein Grundpfeiler der sozialen und ökonomischen Stabilität.

Ich sage aber auch: Wir alle können uns irren: Die Politik kann sich irren, die Bundesbank kann sich irren, und auch die Tarifparteien sind nicht vor Irrtum gefeit. Wer die Unternehmen und die

Gewerkschaften völlig von Kritik freigestellt, handelt nicht aufgeklärt. Deshalb bin ich zum Beispiel auch für eine vorurteilsfreie Debatte über Löhne und Lohnstückkosten.

Die Tarifrunde '94 steht ganz im Zeichen der schwersten Rezession der Nachkriegszeit und der steigenden Arbeitslosigkeit. Ein Arbeitskampf paßt nicht in die konjunkturelle Landschaft. Die Tarifparteien sollten aufeinander zugehen und am Verhandlungstisch einen vernünftigen Kompromiß schließen. Die bisherigen Abschlüsse dieser Tarifrunde haben bewiesen, daß dies auch unter den gegenwärtig besonders schwierigen Bedingungen ohne längere Auseinandersetzungen möglich ist.

Bei VW haben die Tarifparteien gezeigt, wie mit neuen Wegen Arbeitsplätze gesichert und Massenentlassungen verhindert werden können. Das VW-Modell ist sicherlich nicht auf jedes Unternehmen übertragbar. Dennoch sind mit dem Abschluß bei VW gesellschaftliche Tabus und verkrustete Denkstrukturen aufgebrochen worden. Ich erinnere nur daran, daß man für die Forderung 'Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich' vor einigen Jahren fast gesteinigt wurde.

Das neue Denken muß jetzt genutzt werden, um die Arbeitslosigkeit abzubauen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu verbessern: Mit einer größeren Flexibilität der Arbeitszeit können die Maschinenlaufzeiten verlängert werden. Vor allem kapitalintensive Betriebe sind darauf angewiesen, ihr Anlagekapital besser zu nutzen.

Flexibilisierung der Arbeitszeit heißt selbstverständlich auch, daß bei Arbeitnehmern, die besonders qualifiziert und knapp sind, eine längere Arbeitszeit möglich sein muß.

Wir wissen, daß Arbeitszeitverkürzung nur ein Beitrag zur Überwindung der Beschäftigungskrise sein kann. Im Vordergrund muß stehen, neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und mit neuen Produkten neue Märkte zu erschließen. Wenn aber die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1994 von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um fast eine halbe Million ausgeht, dann müssen alle Instrumente genutzt werden, um den sozialen und politischen Sprengstoff der Arbeitslosigkeit zu entschärfen.

Wir brauchen auch eine breitere Lohndrift, um die Lohnentwicklung und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betriebe besser in Übereinstimmung zu bringen. Eine derartige beschäftigungsorientierte Tarifpolitik muß durch eine stärkere Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand flankiert werden.

13. Zu einer vernünftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik gehört, daß wir den Menschen die Wahrheit sagen: Unser Land steht vor einer sehr schwierigen Wegstrecke. Es kommt jetzt darauf an, die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen.

Ohne unpopuläre Entscheidungen sind die Schwierigkeiten nicht zu überwinden. Wir alle dürfen aber nicht zulassen, daß unter dem Druck der Probleme der gesellschaftliche Konsens zerbricht. Denn dieser gesellschaftliche Konsens war und ist die Erfolgsgrundlage für das Modell Deutschland.

Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sind aufgerufen, gemeinsam zu handeln. Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen bestehen.

(-/31. Januar 1994/hgs/tr)

* Rede auf dem SPD-Forum 'Modernisierung des Standorts Deutschland' am 31. Januar 1994 in Bonn

Ein Zehn-Punkte-Programm für die Frauen in Europa

Der EU-Kommission sollen zur Hälfte Frauen angehören. Das wird in einem Zehn-Punkte-Programm gefordert, das heute bei einer Frauenkonferenz der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPD) im Europäischen Parlament in Brüssel vorgestellt wurde.

Die Europäischen Sozialdemokraten fordern:

1. Ein Europa der Frauen

Ein umfassender Bericht muß von der Europäischen Kommission über die Situation der Frauen in der Union (ein "Cecchini-Bericht" über die Situation der Frauen) erstellt werden. Dieser muß Gegenstand der Erörterungen zur Vorbereitung der Regierungskonferenz von 1996 und zur Änderung des Vertrages von Maastricht zu sein.

2. Demokratie der gleichberechtigten Partnerschaft

Die Macht der Demokratie in allen gewählten Körperschaften muß zur Hälfte den Frauen gehören. Alle Regierungen der Europäischen Union müssen Minister für Gleichberechtigung ernennen. Der Rat der Europäischen Union muß einen ständigen "Rat für Gleichberechtigung" einrichten. Die Hälfte der Mitglieder der Kommission müssen Frauen sein.

3. Wirtschaftliche Bürgerrechte für alle Frauen

Frauen sollten das Recht auf Beschäftigung, angemessene Bezahlung und Arbeitsbedingungen, Gleichstellung in sozialer Sicherheit, Recht auf Versorgung der Kinder und flexiblere Arbeitszeiten haben. Das Delors-Weißbuch und das Grünbuch der Kommission müssen diese Forderungen durchsetzen.

4. Prüfungsbericht über die Gleichstellung der Frau

Ein Gleichstellungsbericht muß jedes Jahr die Auswirkungen der Europäischen Integration und der Politiken der Europäischen Union auf die Situation der Frau zusammenstellen und bewerten. Alle Mitgliedstaaten müssen jährlich über die Auswirkungen der nationalen Haushalte und Politiken auf die Situation der Frau berichten.

5. Obligatorisches EG-Recht zur Gleichstellung der Frau

Obligatorisches EG-Recht (Richtlinien) muß in Dringlichkeitsverfahren für folgende Bereiche verabschiedet werden: Sorgerecht, Teilzeitarbeit, Elternurlaub, Umkehr der Beweislast und Gleichstellung in der sozialen Sicherheit.

6. Solidarität innerhalb der Gemeinschaft

Jede Gesellschaft muß eine gute Versorgung der Kinder, der Kranken und Pflegebedürftigen sowie der Senioren sichern. Gute Transporteinrichtungen müssen gewährleistet sein. Innenstädte müssen erneuert werden. Die Lebensumwelt muß für die kommenden Generationen geschützt werden.

7. Selbstbestimmung für alle Frauen

Frauen müssen als unabhängige Personen in der Gesellschaft anerkannt werden. Frauen müssen ihre eigenen Rechte in bezug auf Staatsangehörigkeit, Stellung im Wirtschaftsleben, Besteuerung, soziale Sicherheit und Fortpflanzung haben.

8. Maßnahmen gegen Gewalt

Frauen müssen in allen Bereichen des Lebens gegen Gewalt geschützt werden: in der Familie, in der Nachbarschaft, in der Gesellschaft. Frauenhandel darf es nicht mehr geben. Wir müssen gegen Rassismus und Fremdenhaß, gegen politischen Extremismus und Fundamentalismus kämpfen - auf welche Religion auch immer er sich beruft.

9. Menschenrechte für die Frauen

Ohne Frauenrechte kann es keine Menschenrechte geben. Vergewaltigung im Krieg muß als Kriegsverbrechen gelten; ihren Opfern gebührt die Anerkennung als Flüchtlinge. Weibliche Opfer müssen besonders unterstützt werden.

10. Eine erweiterte Europäische Union für Frauen

Frauen der Europäischen Union wollen die Frauen in den Beitrittsländern weiter voranbringen. Wir begrüßen diesen positiven Ansatz bei der Erweiterung der Union." (-/31. Januar 1994/rs/fr)